

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1907

133 (12.6.1907) Erstes Blatt

Der Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Abgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. —
Abonnementpreis: ins Haus durch Kräger zugestellt, monatlich 70 Pf.,
vierteljährlich 2.10. In der Expedition und den Abgaben abgeholt, monatlich
60 Pf. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 70 Pf. durch den Briefträger
ins Haus gebracht 70 Pf. vierteljährlich.
Redaktion und Expedition:
Luisenstraße 24.
Telefon: Nr. 128. — Postzeitungsliste: Nr. 8144.
Sprechstunden der Redaktion: 12—1 Uhr mittags.
Redaktionschluss: 1/2 10 Uhr vormittags.
Inserate die einseitige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg. Lokal-Interate
billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. — Schluss der Annahme von In-
seraten für nächste Nummer donnerstags 1/2 9 Uhr. Größere Inserate müssen
tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachmittags, aufgegeben sein. — Geschäftsstunden
der Expedition: donnerstags 1/2 8—1 Uhr und nachmittags von 2—1/2 7 Uhr.

Nr. 133. Erstes Blatt. Karlsruhe, Mittwoch den 12. Juni 1907. 27. Jahrgang.

Unsere heutige Nummer umfasst
6 Blätter mit zusammen 6 Seiten.

Der Roman befindet sich im zweiten Blatt.

Württemberg und die Schiff- fahrtsabgaben.

Von Stuttgart schreibt uns unser R.-Korrespondent:
Bredung und Samstag voriger Woche waren in der württembergischen Abgeordnetenkammer große Tage. Man
diskutierte über die Frage der Stromzölle und der da-
mit verbundenen Frage der Schaffung eines Großschiff-
fahrtsabganges von Mannheim bis Heilbronn. Die Frage
war die Schaffung eines Abganges, welche durch die neue Haltung
der württembergischen Regierung in einer in der Reichs-
tagung der preussischen Abgeordneten in der Weise erledigt
worden ist, hat in Württemberg im Lauf der letzten
Wochen eine eigenartige Wandlung erfahren. Gestützt
auf den einstimmigen Willen der Stände, war die würt-
tembergische Regierung bis vor kurzem die entschei-
dende Gegnerin der Einführung von Stromzöllen
und der Abänderung bezw. Umgehung des Artikels 54
der Reichsverfassung, der die Abgabefreiheit auf den
nationalen Wasserstraßen Deutschlands verbürgt. Neben
der Berücksichtigung der für eine moderne Volkswirtschaft
unvermeidlichen ungünstigen Lage Württembergs
spielte der freilich noch in weiter Ferne liegende Bau des
Kanalals von Mannheim bis Heilbronn dabei eine
große Rolle. Man argumentierte: Wenn die Schiff-
fahrtsabgaben auf dem Rheine kommen, dann leidet
Württemberg von allen Bundesstaaten am meisten unter
den damit verbundenen Verteuerung der Zufuhr von
Kohlen und anderen Gegenständen, die durch den
Kanal durch den Bau des Kanalals zu verschaffen
sind, durch die Einführung der Rheinschiffahrtsabgaben
wird vollständig verloren.

Unter dem Einfluss preussischer Offerten ist nun aber
mit einigen Monaten in der Haltung der württembergischen
Regierung ein völliger Umschwung eingetreten. Mit dem geschätzten Willen des schlaun Händlers
hat die preussische Regierung in den finanziellen Hinter-
sätzen mit denen der Bau des Kanalals verknüpft ist,
den württembergischen Ständen erkannt, an dem man diesen
wichtigen Bundesstaat lassen konnte. Es sind lebhafteste
Versuche im Gange den von der württembergischen An-
waltschaft herbeigeführten Kanalbau zum Gegenstand
der Zustimmung Württembergs zu den Schiffahrts-
abgaben zu machen. Nach vorläufigen Berechnungen be-
tragen die Kosten der 115 Kilometer langen Strecke von
Heilbronn bis Mannheim 28,18 Millionen. Trotzdem
man diesen 115 Kilometern nur 28 auf württembergischem
Gebiet liegen, während der größte Teil auf badisches
und rheinisches Gebiet entfällt, ist Württemberg beim Bau des Kanalals genötigt, allein die ge-
samten Kosten zu tragen, weil die badische Regierung es
nicht hat, sich an den Kosten der Kanalisation zu beteiligen.
Sie befindet sich damit eine Verzichtnahme auf
den württembergischen Kanalbau, ein Standpunkt, der be-
sonders von den maßgebenden Interessentengruppen
Württembergs gar nicht geteilt wird. Baden ist lediglich
bereit, die Unterhaltungskosten für sein Gebiet zu tragen.
Nach dieser Haltung des Nachbarstaates ist nicht ohne Ein-
fluss auf die Stimmung Württembergs in der Frage der
Kanalisation der Schifffahrtsabgaben gegeben. Wenn Würt-
temberg seinen Kanal auf eigene Kosten baut, ist man
genötigt, Kanalabgaben auf dem kanalisierten Kanal zu
erheben. Die Höhe der Abgaben wurde von dem Sekretär
der Stuttgarter Handelskammer, Professor Huber,
am 12. Juni, pro Tonnenkilometer berechnet.

Der letzte nun das preussische Angebot ein, bei dem
Württemberg von einem Durchschnittssatz von 0,04 Pf. pro
Tonnenkilometer gesprochen wird. Die Erträge dieser
Abgaben sollen in eine Schiffahrtsschiffahrt, und wie-
der in Schiffahrtsschiffahrt verwendet werden. Auf Grund
dieser Höhe, die freilich noch gar nicht besagen, baut
Württemberg die nächsten Rechnungen auf. Man rechnet sich vor,
dass Württemberg selbst bei einer zehnfach längeren
Strecke bei dem preussischen Vorschlag immer noch besser
kommen würde, als durch Abgaben auf dem kanalisierten
Kanal. Man gibt sich sogar der Illusion hin, daß es da-
durch möglich sein werde, den Kanalbau nicht völlig auf
eigene Kosten bauen zu müssen. Ja sogar soweit ist man
in den Debatten der zweiten Kammer gegangen, daß
man sagt, es werde gar nicht möglich sein, anders als auf
diese Weise den Kanal zu bauen.

Auf diesen verneint schon angelegten Plan der
preussischen Regierung scheint die württembergische Re-
gierung eingegangen zu sein. Sie hat sich in der
ersten Kammer aus nachstehenden Gründen zwar eine
Bewehrung der Reichsverfassung aufgestellt, offenbar aber hängt ihre
Haltung von der preussischen Offerte nur davon ab,
welchen Höhe Württemberg an den Erträgen der
Schiffahrtsschiffahrt partizipieren soll. Diese Frage wird
am 11. ds. Mts. in Heilbronn stattfindenden
Landtagsversammlung zur Entscheidung gebracht
werden. Hoff man ins Auge, welchen großen wirtschaft-
lichen Einfluss man Preußen durch den Abschluß eines
solchen Abkommens einräumen wird, daß man ferner den wert-
vollen volkswirtschaftlichen Grundgedanken der Abgabefrei-
heit aufgeben wird, so erscheint die neue, nur von mate-
riellen Gesichtspunkten und scheinbaren Vorteilen bein-
haltende Haltung der württembergischen Regierung klein-
mützig und feige. Man kümmert sich allerdings daran,
die vertragsmäßig festgelegten Höhe nicht ohne Zu-
stimmung der Gegenpartei geändert werden

Wird mit Unrecht ist von sozialdemokrati-
schen Kreisen in der Kammer betont worden, daß dies
ein sehr fragwürdiger Schritt ist, denn hat es die
preussische Regierung fertig gebracht, das Hindernis der
Kanalisation wegzuräumen, so wird es ihr auch nicht
schwer fallen, einen Staatsvertrag nach ihren Wünschen
abzuschließen. Mit der württembergischen Regierung
und die Handelskammer des Landes umgegangen und als

erste Partei, die das Prinzip der Abgabefreiheit ver-
tritt, ist in der Kammer die Volkspartei aufgetre-
ten. Es, die noch vor zwei Jahren bei der letzt-
maligen Debatte die Kammer zur einstimmigen An-
nahme einer Resolution veranlaßte, die sich gegen
jede Abänderung der Reichsverfassung erklärte, mutete
jetzt der Kammer eine Resolution an, die einen vollstän-
digen Widerruf darstellt. In dieser Resolution wird
der Bau des Kanalals als ein nationales Bedürfnis
bezeichnet, dessen Kosten nicht durch Abgaben der Rhein-
schiffahrt bestritten werden sollen, sondern aus allgemeinen Staatsmit-
teln bestreiten werden sollen. Dieser Satz wird sofort
widerlegt durch den folgenden: „Wenn das nach
dem weiteren Gang der Verhandlungen ausschüttslos sein
sollte, dürfte die Regierung die Einführung von Ab-
gaben nur unter folgenden Bedingungen zugestimmt
werden.“ Es folgt dann die Nennung von vier Grund-
bedingungen, von denen es dann aber wieder heißt:
„Falls diese Bedingungen in wesentlichen Punkten
nicht erreicht werden, soll Württemberg einer Änderung
der Verfassung widersprechen.“ Man bekommt
fast den Eindruck, als ob diese Resolution eine be-
stimmte Arbeit gewesen ist. Die Rede unseres
Genossen Dr. Bindemann, in welcher er dieses Resolu-
tionsvorschlags im Sinne und Resolutionsstimm ge-
reichte, war eine von allen Seiten anerkannte Glanzlei-
stung. Er meinte, wer mit dem Zusehler souperen wolle,
brauche einen langen Kessel, er wies darauf hin, daß Würt-
temberg einen so langen Kessel besitze, um mit Preußen
souperen zu können. Dieses werde allein den Vorteil
haben. Mit oder ohne Kanalgemeinschaft müsse direkt
oder indirekt doch das württembergische Volk die Kosten
des Kanalbaus bezahlen. Der Volkspartei, die in diesen
Debatten das hohe Lob der Preußenfreundlichkeit an-
stimmte, hielt Bindemann entgegen, auf welche schiefe
und schlüpfrige Ebene sie mit ihrer Resolution gelangte.
Unter lebhaftem Beifall unserer Genossen resumierte
Bindemann seine ausgezeichnete Rede dahin:

„Wir halten an dem volkswirtschaftlich entscheiden-
den Grundgedanken der Abgabefreiheit auf den
nationalen Wasserstraßen fest und tun das umso mehr,
als das preussische Projekt nach unserer Ansicht unserem
Land nur schenbar Vorteil bringt, tatsächlich aber
dasselbe schwer belastet, als wenn Württemberg seinen
Kanal selber auf eigene Kosten baut.“
Die Zukunft wird zeigen, wie richtig die Sozialdemo-
kratie durch diese Stellungnahme gehandelt hat. Die
übrigen Parteien, die laue Freunde und versteckte Ge-
gner des Kanalbaus sind, brückten sich um eine klare
Stellungnahme. Mit den Stimmen der Sozialdemokratie,
der Volkspartei und der Nationalliberalen wurden die
gefestigten Anträge der Finanzkommission überwiesen, so
daß die Regierung auch weitere Vorkämpfer über den Gang
der Verhandlungen machen soll.

Politische Uebersicht.

Preußen.
Die Nebenberger haben gestiftet. Sie müssen immer
liegen in Preußen und Deutschland. Erste Nieder-
lage würde die Katastrophe des ganzen Systems zur
Folge haben. Ein Monarch, der gegen die Kammer,
eine Kammer, die gegen das deutsche Volkstum
regiert, ist unmöglich. Bereits ist die ganze Meute zu-
rückgegriffen. Die Entschlüsse haben aufgehört, die
Wolfschreier schweigen vorlegen; sie richten ihre Ge-
sinnung bereits nach dem kommenden Mann ein. Die
Nebenberger Laferunde kann ergänzt, aber nicht ge-
sprengt werden. Die Paarung nach dem § 176 ist für
alle politischen Vereinigungsversuche.

Der einzige Ertrag der von dem Frsten Wälow mit
dem bewährtesten Mut des tollendsten Bankrotteurs ge-
führten Kampagne gegen die Nebenregierung der
Wälowisten ist, daß das Wälowmarchen von der
konserwatib-liberalen Paarung bereits
beendet ist. Unter der glorievollen Führung des Hof-
marschalls Wälow, des Herrn Müller-Meiningen, der in
seiner Einfachheit am leichtesten für jede Dämonie zu
haben war, hat der deutsche Liberalismus es versucht,
den politischen Unterstützungswunsch auf den ostelbischen
Zustand zu erwidern. Die Junker haben sich die
Zurücklässigkeit des „bummen August“ eine Weile schmei-
geln lassen, jetzt aber haben sie — des Spieles
müde — mit ihren Händen die Eingringlinge von ihrem
Weg geholt.

Die liberale Aera, die niemals gelebt hat, ist also
wieder einmal gründlich tot. Fürst Wälow scheint
bereits Erfolg gefunden zu haben und als sein Nachfolger
gilt, wie schon seit Jahren, einer der brutalsten und be-
schränktesten Junker, der starke Mann der preussischen
Finanzen, der Freiherr v. Rheinbaben, dessen
Namen man jetzt freilich nur nennt, um noch in letzter
Stunde nach bekanntem Rezept seine Ernennung zu ver-
hindern.

In den letzten Tagen ist es in dem preussischen Ab-
geordnetenhause zwischen dem konserwatib-gepaarten Frei-
heim und dem Finanzminister v. Rheinbaben über die
Frage der Zeuerungszulagen für mittlere Beamte zu
Auseinandersetzungen gekommen, die von dem Minister
mit solcher Unversämtheit und so provoziert geführt
wurden, daß nun auch der bisfellige Preussim zu abnen
beginnt, wie er schließlich aus dem Wälow hinausgeworfen
werden wird. In dem offiziellen Organ der Volkspartei,
der Preussischen Zeitung, wird der verschämte Lieb-
haber endlich grob und redet eine Sprache, wie man sie
seit langer Zeit in den Organen des blockierten Frei-
simms nicht gehört hat. Es heißt da:

„Wir haben hier die Laifache vor Augen, daß die
preussische Regierung in direktem und bewußtem
Gegensatz zu der für das Reich ausgegebenen Parole
Kampfrühverhandlungen nicht mit den Konserwativen
und Liberalen pflegt, sondern ohne sich überhaupt um
die Liberalen zu bekümmern, einen Pakt mit den Kon-
serwativen, Preussimern und dem Zentrum
schließt. Und zwar erfolgte diese Verhöhnung auf
Veranlassung und unter Regide des Finanzministers
Freiherrn von Rheinbaben.“

Und an anderer Stelle heißt es mit Bezug auf den
plötzlichen Umschwung des Freiherrn v. Jellich gegen die
Paarung:

„Wenn er mit der Beweglichkeit, die ihm stets
eigen, jetzt seine bisherige Haltung völlig ändert, so
ist das ein Anzeichen dafür, daß auch in der Regierung
eine Änderung erfolgen wird und daß zurzeit Frhr.
v. Rheinbaben Oberwasser hat. Da es uns
aber unwahrscheinlich vorkommt, daß der preussische
Finanzminister im Landtage in Uebereinstimmung mit
dem Reichstangler arbeitet, so müssen die Chancen für
den Fürsten Wälow augenblicklich recht schlecht stehen.
Soll also der Vorstoß im Abgeordnetenhause vielleicht
lehren, daß Rheinbaben als der kommende Mann und
der Nachfolger Wälow's zu betrachten ist?“

Auch unter Wälow hat der Preussim keinerlei Ein-
fluß gehabt. Man hat ihn nur höflich behandelt und im
Vorzimmer der Regierung für die Hungerigen ein kaltes
Brot aufgestellt. Jetzt hält man solche Höflichkeit
nicht mehr für notwendig.

Talsperre in Baden?

Der Frankf. Zeitung wird aus Karlsruhe geschrieben:
Die Wassergewinnung für Kraft-
zwecke durch Anlage von Sammelweihern hat
schon wiederholt die badischen Staatsbehörden beschäf-
tigt. Demnach ist wird sich eine vom Ministerium des
Innern bestellte Kommission nach der Eifel und dem
Süppertal zur Besichtigung der dortigen großen Tal-
sperrungen begeben. Gute Orientierungen über die
Zweckmäßigkeit solcher Anlagen im Schwarzwald lie-
fert bereits die durch Wälow v. Wälow im Jahre
1905 zusammengestellten Untersuchungen aus dem
Flußgebiet der Weise. Sie kamen zu dem Schluß, daß
das Verhältnis des Kraftwertes zu den für Bau,
Betrieb und Unterhaltung erforderlichen Kosten ein
recht ungünstiges sei würde. Auch die elektrische
Uebertragung sei wegen der damit verknüpften weite-
ren Anlagekosten nicht erheblichen Kraftverlusten
wenig rationell. Ein weiterer beachtenswerter Kon-
kurrent für Stauweiser als Kraftquellen ist die elek-
trische Energie, die schon jetzt in ansehnlichen Mengen
aus der Wasserkraft des Rheins gewonnen
wird. Mit der fortschreitenden Aufbarmachung der
Stromkräfte des Oberrheins werden weitere gemaltige
Kraftmengen verfügbar. Die stetige Beurteilung
der Stauweiser-Rentabilität wurde in der Denkschrift
schließlich noch mit den Hinweisen auf wirtschaftliche
und administrative Schwierigkeiten — Vereinerung
großreicher Nutznießer verschiedener Art und Bedeu-
tung zu einem gemeinsamen Unternehmen, Beschaffung
betrieblischer Hilfsmittel, fortwährende gemeinsame
Verwaltung, Verteilung der Kosten u. s. f. — moti-
viert. In einem Geleitwort trat der damalige Direk-
tor des Wasser- und Straßenbaus, der jetzige Finanz-
minister Hönell, dieser Auffassung im wesent-
lichen bei. Nun scheinen sich allerdings die Gelegen-
heiten zur Vierung elektrischer Kraft aus Stau-
weiseranlagen auf größere Entfernung zu vermehren.
So soll die Bahn in Mannheim zum Kraftbezug bereit
sein. Gleichwohl scheint einstweilen noch die Frage
offen, ob damit die Rentabilität größerer und kostspieliger
Stauweiseranlagen in erforderlicher Weise ge-
steigert wird, oder ob es besser wäre, sich zunächst der
weiteren Aufbarmachung der Wasserkraft des
Rheins unter einheitlichen und großen volkswirt-
schaftlichen Gesichtspunkten zu widmen.

Die Aufbarmachung der Rheinwasserkraft ist durch
die Vorgehensarten an die privaten Gesellschaften, wenig-
stens insoweit der Staat in Betracht kommt, schon er-
heblich beschränkt. Man hat die besten Stellen der pri-
vaten Ausbeutung überlassen. Diese Kurzsichtigkeit, ge-
gen die der Landtag leider ohne Erfolg ankämpfte, wird
sich schwer rächen. Diese Vorgehensarten sind nur wieder ein
Rezepte, wie notwendig es ist, die Macht unserer volkswirt-
schaftlich rüstungslosen Bureaokratie auf ein ver-
nünftiges Maß zu reduzieren. Es ist einfach unbegreif-
lich, der Bureaokratie über Naturkräfte, die Hunderte
von Millionen im Werte repräsentieren, ein
selbständiges Verfügungsrecht zu überlassen, während
andererseits eine Aboranlage erst der Genehmigung
durch die Volkvertretung bedarf.

Badische Politik.

Die Taktik der Verwirrung.
die vom Zentrum systematisch in Anwendung gebracht
wird, um desto besser im Trüben fischen zu können, wird
von einzelnen nationalliberalen Organen (Mannheimer
Generalanzeiger, Straßburger Post) und Korrespon-
denten auswärtiger nationalliberaler Blätter aufs eif-
rigste unterstützt. So wird der Köln. Ztg. in einem
längeren Artikel aus Baden u. a. geschrieben:

Dabei ist die Haltung der sozialdemokrati-
schen Presse besonders bemerkenswert. Sie liefert
Wasser auf die Mühlen des Zentrums, indem sie die
vertraulichen Besprechungen mit den Liberalen ver-
öffentlicht und letztere in einer Weise brüskiert, die
nur auf die Absicht eines Bruchs und die Annäherung
an das Zentrum schließen lassen kann. Wie lange der
Kampf des Zentrums gegen den Staatsminister fortdauern
und mit welchem Ergebnis er endigen wird,
läßt sich zurzeit noch gar nicht sagen. Nur so viel steht
fest, daß die politische Lage immer verworrener wird
und dem Zentrum weiter Gelegenheit gibt, im Trüben
zu fischen.

Wenn dem Zentrum weiterhin Gelegenheit gegeben
wird, im Trüben zu fischen, so tragen dazu so einfältige
und unmaßvolle Behauptungen wie die vorstehende über die
sozialdemokratische Presse gemacht, gewiß sehr vieles
bei. Der Badische Beobachter drückt den Artikel der
Kölnischen Zeitung denn auch mit Worten ab. Gegen
die unsinnige Unterstellung, als ob wir durch die von der

liberalen Presse provozierten historischen Feststellungen
über die Vorgänge beim Stichwahlkommen im Jahre
1905 eine Annäherung an das Zentrum beabsichtigte,
potenzieren wir nicht. Wir haben das wiederholt er-
klärt. Mit diesen ebenso haltlosen wie unsinnigen Un-
terstellungen soll lediglich der Versuch gewisser national-
liberaler Kreise, mit den Konserwativen anzubündeln, um
den Konserwatib-liberalen Reichsblock auf die badische
Politik zu übertragen, verdeckt werden. Wie die Sachlage
in linksliberalen Kreisen beurteilt wird, geht aus einem
Artikel der freimüthigen Rührer Zeitung hervor, die
in letzter Zeit den Nationalliberalen wiederholt eine
Warnungstafel aufgestellt hat. So schreibt das genannte
Blatt:

Wenn man der Sozialdemokratie den Großblock
abtrümmen machen und sie mit Sicherheit in die Arme
des Zentrums treiben wolle, so braucht der National-
liberalismus nur die Ratschläge gewisser Leute zu be-
folgen, die auf ein Zusammengehen von Nationallibe-
ralen und Konserwativen bei den nächsten Reichstags-
wahlen hinarbeiten.

Also nicht die Sozialdemokraten, sondern die Ratio-
nalliberalen steuern auf den Bruch mit der sogenannten
Großblockpolitik hin. Im Hinblick auf die Wahlen im
Jahre 1908, bei welchen die Situation ganz dieselbe sein
wird, wie im Jahre 1905, schreibt das freimüthige Rührer
Blatt weiter:

Der politische und wirtschaftliche Rückschritt ist im
Zentrum und Konserwatibismus gleichzeitig
verlängert. Von zu besänftigen, kann einzig die Auf-
gabe liberaler Männer sein, die damit an die Seite
nicht der Konserwativen, sondern der Sozialdemokratie
gestellt werden.

Käme es den Nationalliberalen wirklich nur auf die
Verzögerung der im Zentrum und bei den Konserwativen
verlängerten Reaktion an, so wären die Erörterungen
über das Stichwahlkommen unterblieben und das Zen-
trum würde heute noch, wie bei den Stichwahlen im
Jahre 1905, die Rolle des betrübten Rehgebirgs spielen.
Aber die Nationalliberalen treiben eben nur Manöis-
politik. Daraus resultiert die schamlose Haltung der
nationalliberalen Presse, die jetzt, nachdem die Herren
von der „Waldmichelgans“ mit ihrem „Horizonterglärm“
ihren Zweck ziemlich erreicht haben, wieder eingulanten
beginnt. In Bezug auf die Taktik können die National-
liberalen von der Waldmichelgans noch manches lernen.

Gegen die Generaldirektion.

die den Verkehrswünschen der Orte an der Bahnlinie
Waldshut — Zimmern keine Beachtung schenken
zu müssen glaubte, wendet sich die nationalliberale Konst.
Zeitung wie folgt:
„Also die maßgebenden Behörden sind nicht in der
Lage, anzugeben, wo die Bevölkerung der Schuld brüht!
Die Betriebsinspektion hat ihr Verhalten wohl kaum
ohne Bewußung von Karlsruhe eingekerkert, von der
Generaldirektion aber ist es eine Angelegenheit son-
dergleichen, sich gegen eine derartige Bewegung von
vornherein schroff ablehnend zu verhalten und dem
einladenden Komitee nicht einmal Antwort zu geben.
Auch wenn man auf der Generaldirektion von vorn-
herein überzeugt sein sollte, daß den Wünschen der
Bevölkerung nicht entsprochen werden könne, würde das
den Herren von der Generaldirektion gar nichts ge-
schadet haben, wenn sie bei solcher Gelegenheit mit der
Bevölkerung in direkte Verührung kämen, um ihr
direkt darzulegen, warum eine Abhilfe nicht möglich
sei. Das jetzt beliebte Verfahren dient nicht dazu, das
Vertrauen der Bevölkerung zu den Staatsbehörden zu
erhalten und zu stärken. Wann wird man endlich
liberal bei uns einsehen lernen, daß Beamtenhaft
und Bewußtsein zusammengehören, daß sie gemeinsam
am Gemeinwohl arbeiten müssen, und daß eine in
unabsehbarer Ferne sich haltende Beamtenhaft ein
Unbild ist, das die heutige Zeit sich einfach nicht mehr
gestatten läßt.“

Sehr gut! Wenn die Nationalliberalen nur auch
einmal in der Kammer so reden würden. Erfolgen aber
bort Angriffe auf die Bureaokratie, dann spielen die
Nationalliberalen deren berufene Verteidiger. Die
Nachvollkommenheiten, über welche unsere Eisenbahn-
bureaokratie verfügt, werden je länger um so mehr un-
erträglich. Hier muß mit grundsätzlichen durchgreifen-
den Reformen eintritt werden.“

Das Gemeinbewußtsein und die National- sozialen.

In einer am Sonntag stattgefundenen Ausschüß-
sitzung nahmen die Nationalsozialen Stellung zur Er-
örterung über die Reform des Gemeinbewußtseins. Es
wurde beschlossen, die Vereine und einzelnen Mitglieder
im Lande aufs neue auf den Beschluß der letzten Lan-
desversammlung hinzuweisen und sie aufzufordern, mit
allen Kräften für ein allgemeines, gleiches, direktes und
geheimes Gemeinbewußtsein unter Anwendung des
Proportionalwahlrechts einzutreten. Der Landesaus-
schuß ist der Ansicht, daß dem werdenden Liberalismus
nur durch unbedingtes Eintreten für eine freiere soziale
und politische Betätigung der Weg gebnet werden kann.
Er erkläre aber auch in der möglichst ausgedehnten und
intensiven Teilnahme aller Bürger am Leben der dem
Einzelnen übersehenden Gemeinde eine politische Schule,
durch welche die Wähler mehr und mehr reif gemacht
werden auch für die Beurteilung der politischen Verhält-
nisse in Land und Reich.

Die Haltung der Nationalsozialen trägt in erfreu-
licher Weise von der der Demokraten ab, die gern
„haarmännisch“ operieren, dabei aber auf der schiefen
Ebene abwärts rutschen.

Wegen der Leistungen der Gemeinden zu den Gymnasien

wurde eine Kommission der in Frage kommenden Städte
beim Unterrichtsminister v. Dusch vorstellt. Die dabei
gemachten Eröffnungen lassen nicht erwarten, daß die
Groß. Regierung von sich aus zu einer gänzlichen Auf-
hebung der Beiträge schon mit Wirkung von der neuen
Budgetperiode an sich entschließen wird. Dagegen ist die

der Arbeiter...
ange ich...
berühmt...
in aller...
u verhin...
gemacht...
werden...
der Ge...
händler...
ammlung...
de noch...
interpell...
ammlung...
den Zw...
zustand...
e auch...
Zunahme...
stellung...
ein und...
sollte...
manere...
der Org...
selben...
gen auch...
gegen...
so unfa...
in einer...
affen, auf...
hoch...
von dem...
werden.

ische.
Gefahr...
Minder...
Die Mü...
der Nähe...
leitung...
schen Ba...
der Seite...
nischen...
erleicht...
erleicht...
auf einen...
Wagen...
gen. Er...
agen Nr...
repariert...
berung...
sich-E...
der Steu...
n, doch...
sich bl...
eine We...
soprakti...
Sicht...
aus dem...
erdung...
alle drei...
erfolgt.

1/2 Stun...
rt wird...
und löst...
und dem...
weil es...
läßt m...
sich hin...
sich hin...
einige...
enigste...
diesem...
Gewinn...
in Ruher...

sschenke...
en, ed...
Silber

htungen

en.

oldschmid...
age 7a.

o. Bruch...
Empfehlung...
den bere...
der Org...
in Fort...
Unter...
robe zum...

Philipp...
meist...
n.

achtend

Böser,

reit bei...

Uhren

1900 aus...
meiner...
illigen...
man in...
selben...
besten...

ratir-Wer...
n jeder...

er, M...
2. Seiten...
Bedeutung...
mie für...

nschutz

wirkam...
Kleidung...
Motten...
ein sehr...
Pakete...
Kraus...
Drog...
hburg.

An die Mitglieder der Allgem. Ortskrankenkasse Karlsruhe.

Um den Mitgliedern der Kasse Gelegenheit zu bieten, sich selbst zu der demnächst zur Entscheidung gelangenden wichtigen Frage des Austritts der Kasse aus dem Krankenkassenverband zu Äußern, findet am kommenden

Montag den 17. Juni, abends 1/2 9 Uhr, im Mährleinschen Saale eine

öffentliche Versammlung

der Kassenmitglieder statt.

Tagesordnung:

„Der Austritt der Allgemeinen Ortskrankenkasse aus dem Krankenkassenverband“.

Referent: Herr Arbeitersekretär U. Wini.

An die Mitglieder der Allgemeinen Ortskrankenkasse ergeht hierdurch die Aufforderung, in dieser Versammlung zu erscheinen und sich dort selbst auch zu der Frage des Austritts zu äußern. Die Vertreter der Versicherten wollen nicht entscheiden, ohne den Mitgliedern selbst Gelegenheit zur Meinungsäußerung geboten zu haben. Man darf deshalb erwarten, daß die Versammlung seitens der Kassenmitglieder, den männlichen wie den weiblichen, recht zahlreich besucht wird.

Die Arbeitervertreter

in der Generalversammlung der Allg. Ortskrankenkasse.

Das Vornehmste und Schönste

was die Saison bringt, habe ich in reichster Auswahl vom einfachsten bis zum elegantesten Genre am Lager

1851.4

Anzüge	von 10 bis 85 Mk.
Paletots	14 " 85 "
Hosen	1 ⁵⁰ " 21 "
Joppen	1 ⁸⁰ " 30 "
Westen	1 ⁹⁵ " 18 "

Sport- und Automobilkleidung.

Grosse Extra-Abteilung für Knabenbekleidung.

Anfertigung nach Mass.

Friedrich Wempe Freiburg

Spezial-Geschäft für Herren- u. Knaben-Bekleidung

Kaiserstrasse 36 u. 56, Ecke Franziskanerstrasse.

Fernsprecher 848. Mitglied des Rabattspartvereins.

Ferienkolonie für arme, kränkliche Schulkinder der Stadt Karlsruhe.

Aufruf.

Seit nahezu einem Menschenalter sendet das Komitee für Karlsruher Ferienkolonien von Jahr zu Jahr, unterstützt durch den Oberbürgermeister, zahlreiche arme und kränkliche Schulkinder zur Erholung ihrer Gesundheit für die Dauer von einigen Wochen in den Schwarzwald.

Soll das mit so gutem Erfolge begonnene und fortgeführte Liebeswerk weiter gefördert und der reichen Bevölkerungszunahme entsprechend ausgedehnt und ausgebaut werden, so bedürfen wir der tatkräftigen Unterstützung aller Menschenfreunde.

Wir bitten daher ebenso herzlich als dringend, der guten Sache auch fernerhin ein Scherlein zu widmen und uns zahlreiche neue Freunde und Gönner zu gewinnen.

Die Unterzeichneten erklären sich zur Entgegennahme von Beiträgen an Geld und Kleidungsstücken (für Kinder im Alter von 11-14 Jahren) gerne bereit.

Gleichzeitig erlauben wir uns noch auf unseren Jahresbericht mit dem Vermerken hinzuweisen, daß derselbe aus unserer Geschäftsstelle - Kreuzstr. 15, Refektorium - unentgeltlich abgegeben wird.

Karlsruhe den 21. Mai 1907.

Das Komitee:

Ehrenmitglied: Specht, Hofrat, Hofstr. 82; Dr. Vögel, Stadtrabbiner, Kaiserstr. 34; Dr. Vögel, Medizinalrat, Kaiserstr. 223; Dr. Vögel, Medizinalrat, Amalienstr. 79; Dr. Doll, Hofrat, 2. Vorzüglicher, Ritterstr. 26; Höfgenbach, Geh. Oberregierungsrat, Landeskommissar, Selmhofstr. 7; Frey, Oberlehrer, Sommerstr. 10; Geier, Oberlehrer, Hofstr. 15; Frey, Hofstr. 44; Dr. Gerwig, Stadtschulrat, 1. Vorzüglicher, Kreuzstr. 35; Gahner, Oberlehrer, Durlacher Allee 10; Händel, Stadtrat, Eisenstr. 37; Dr. Hoffmann, Medizinalrat, Kriegstr. 11; Frau Sommerzienrat Köpfer, Hiltzheimerstr. 15; Guber, Privatier, Kaiserstr. 185; Metzger, Sekst. Rat, Erbprinzenstr. 14; Krehmann, Major a. D., Bismarckstr. 23; Frau Oberbürgermeister Lauter, Kriegstr. 98; Fräulein Luig, Inspektorin, Mühlwegstr. 46; Dr. Müller, Medizinalrat, Vaihingerstr. 2; Peter, Bankdirektor, Schmalzstr. 1; Rapp, Stadtpfarrer, Friedrichsplatz 15; Frau Oberlehrer Reimann, Verhofstr. 8; Dr. Reisch, Stadtrat, Kriegstr. 29; Frau Oberamtsrichter Dr. Sauter, Ertlingerstr. 25; Schneider, Geh. Kom. Rat, Erbprinzenstr. 31; Siegrill, Oberbürgermeister, Waldhornstr. 13; Dr. Stroede, Hofapotheker, Kaiserstr. 201; Dr. Trost, Hofrat, Rohwads-Anlage 13; Willard, Major, Hofstr. 35; Ziegler, Medizinalrat, Westendstr. 74.

Außerdem haben die Güte, Beiträge entgegenzunehmen: die Herren Geistlichen, die Herren Direktoren der Mittelschulen, Herr Direktor Hofrat Odenstein und die Herren Oberlehrer der hiesigen Volksschulen.

Im Auftrag

habe zu verkaufen:

1 neuen u. gebrauchten Divan,
4 neue Chiffonniers,
1 geb. Kleiderschrank,
komplette neue und gebrauchte Betten,

eine komplette 2416.52

Schlafzimmer- und Gartenmöbel.

1 Kücheneinrichtung,
Ovaltische, Stühle,
1 Polstergarnitur,
1 Kränkenfahrstuhl,
1 Pianino, 1 Tafelklavier,
und verschiedenes

und verschiedenes

Heinrich Karrer,

Spezialist, feuerf. Lagerhaus zum Aufbewahren von Möbeln, Karlsruhe - Mühlburg, Philippsstr. 19. Teleph. 1659.

Billiger Möbelverkauf.

1 polst. geb. Chiffonier, 16 Mk., Nachttisch 6 Mk., Vertikow 29 Mk., Truhenanzug mit Glase 28 Mk., feiner Zinnweibisch, Waschtisch mit Marmorplatte und Spiegelaufsatz, Nachttisch mit Marmorplatte, Divan, Tisch u. Stuhldecken, 3429.3

Soffenstraße 182, partierre.

Einzimmer-Wohnung

per sofort oder 1. Juli zu vermieten. Augartenstraße 75.

Allg. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter, E. H. 29, Hamburg.

Fikale Karlsruhe.
Sonntag den 16. Juni 1907, vormittags halb 10 Uhr, findet in der Restauration Mährlein, Kaiserstr. 18, die

ordentl. jährl. Mitgliederversammlung

statt. Tagesordnung:
1. Bericht der Delegierten über die Beschlüsse der Generalversammlung in Wehrburg am Sand.
2. Wahl der Ortsverwaltung, des Vertrauensorgans und des Kontrollorgans.
3. Bericht des Vertrauensorgans.
Zahlreiches Erscheinen ist erwünscht.

Die Ortsverwaltung.

Max Oswald, Sattlerei,

Telephon 2384 Karlsruhe Schützenstr. 42
2481 empfiehlt sein Lager in

Reiseartikel, Koffer, Taschen, Rucksäcke, Mappen, Schulranzen, Gamaschen, Portemonnaies, Hosenträger, sowie sämtliche Lederwaren.

Bekanntmachung.

Die Berufs- und Betriebszählung betr. An die Zähler und Zählerinnen: Mit Rücksicht auf die bei der Berufs- und Betriebszählung von 1895 gemachten Wahrnehmungen eruchen wir die Zähler und Zählerinnen ihr ganz besonderes Augenmerk auf die Punkte, die bei der Zählung der Zähler, Geschäftsführer, Fremdenpenionen u. dgl. von vornherein vollständig, insbesondere auch genaue Berufsangaben hinsichtlich der nur vorübergehend anwesenden Gäste und Fremden erhalten, weil nach deren Abreise jeweils eine Nachholung und Ergänzung des Fehlenden ganz unumgänglich ist.

GROSSE-Modenwelt
Tonangebend! Unerreicht! Rosen-Schnittbogen.
Farbenprächtige Coloris.
Gratis-Probekunden bei Joha. Heary Schwarz, Berlin W.
Achten Sie genau auf Titel!

Geschäfts-Empfehlung.

Meiner werthen Kundschaft, sowie einer verehrlichen Einwohnerschaft die höf. Mitteilung, daß ich neben der Niederlage der Buchwarenfabrik Kämpfle den Verkauf von

Norddeutschen Wurst- und Fleischwaren

eingeführt habe. Da ich nur mit ersten Firmen in geschäftlicher Verbindung stehe, bin ich in der Lage, meine werthe Kundschaft mit nur prima Ware in größter Auswahl und zu billigsten Preisen zu bedienen.

Spezialität: Polnische Praturwurst.

Wiederverkäufer erhalten Vorzugspreise.
Ferner empfehle ein vorzügliches Fleischbier, sämtl. Spirituosen in vorzüglichen Qualitäten.

Indem ich bests reelle Bedienung zusichere bitte ich um geneigten Zuspruch und zeichne hochachtungsvoll
Frau Pauline Philipp,
Kaiserstraße 15.

8 Tage zur Probe
49 Mark
Friedrich Wilhelm Engels, Gräfrath bei Solingen Nr. 62

Naftatter Spar-Koch-Herde,

Gaggenauer Spar-Gas-Herde,
emittiert und ladert,
Oefen, Waschkess, Dampfwaschmaschine, Schneewittchen, alle Haushaltungsmaschinen, Glührümpfe, alle Sorten Koch- und Haushaltungsgeschirre
laufen Sie am billigsten unter Garantie bei

Ernst Marx, Herd-, Olen- und Haushaltungsgeschäft

Zusenstraße 45.
NB. Da ich keine Rabatmaten führe, gebe ich auf alle Artikel einen

VI. Haupttreffer

1 Pferd kam auch noch aus der Offenburger Lotterie an einen Kunden und wurde sofort abgegeben.
Nächste Ziehungen sind: Altkenn-Geldlotterie à M. 2.-, Knie-Itzinger, Invaliden, Arme und Marineanstaltungslose die gleich als Eintrittskarten zur Berliner Ausstellung gültig sind à M. 1.-, bei mehr billiger.

Carl Götz

Gebelstr. 11/15, Karlsruhe.

Möbel.

Alle Sorten Holz- und Polstermöbel, vollständige Betten, Spiegel, Stühle, Bilder, Klappstühle, Kinderwagen, Sportwagen u. dgl. man gut und billig bei

Karl Spille

in Firma Karlsruher Möbelhalle Kaiserstraße 23.

Pianino,

fast neu, guter Ton u. solid gebaut, ganz billig zu verkaufen. Soffenstraße 182, partierre.

Gewerkschaftskartei Karlsruhe.

Donnerstag den 16. Juni, abends halb 9 Uhr, bei Mährlein, Kaiserstr. 18,

Delegierten-Versammlung

Tagesordnung: 2402.4
1. Innere Angelegenheiten.
2. Abrechnung vom 1. Okt. 1907.
3. Statuten.
4. Vollständiger und pünktlicher Erscheinen ist entgegen

Die Kartellkommission.
NB. Die Kartellvorarbeiten werden nochmals daran erinnert, daß die Jahresberichte auf dem Bureau, Kurvenstr. 13, während der üblichen Sprechstunden abgeholt werden können.

Gesangverein „Freiheit“ Beiertheim.

Sonntag den 16. Juni bei Saal (Schwarzbörs) in Beiertheim

groses Gartenfest

verbunden mit Musik- und Instrumentalconcert, Glühwein, Preisfischen und Ballspielen.
Dazu laden wir unsere verehrten Mitglieder sowie Freunde u. Gönner auch die gesamte Arbeiterkategorie von Beiertheim mit der Bitte, recht zahlreich zu erscheinen, ein.

Der Vorstand.

NB. Bei unglücklicher Witterung findet das Gartenfest am 30. Juni statt.

Alte Brauerei Koch, Kaiserstraße 13

Morgen Donnerstag Großes Schlacht-Fest.

Dierzu ladet ergebenst ein Fr. Mährlein.

Kleine Anzeigen.

1mal im Monat f. Wohn. 3 Seiten gratis, jede weitere Seite 10 Pf.

Wäsche zu waschen u. bügeln, waschen. Winterstr. 21, S. 2 bei Frau Quat.

Wäsche zum waschen auf bei Wäsche wird angenommen und gewissenhaft besorgt. Schützenstraße 66, 2. St.

Polstermöbel, Betten, Sessel, Ehr. Meißel, Feldsheim b. Wehrburg, 1 Schreibeisch, 1 Schrank, billig zu verkaufen. Vorstr. 15, 6. St.

Ständebuch-Ausgabe der Stadt Karlsruhe.

Geburten:

8. Juni: Emil Wilhelm, S. Wini, Kreisel, Monteur. S. 1. Brigitta Johanna Luise Elisabeth, Kat. Katholik, Kauter, Hofstr. 10. Marg. Fried. Hermann, S. Marg. Käse, Kaufmann, Arthur Karl, Kat. Karl Gerstner, Fabrikarbeiter, Karl Gerhard, Kat. Gerhard, Zimmermann, Schloffer, Heinrich, S. Gustav Schmitt, Tischler. S. 2. Karl Friedrich, S. Josef Reith, Stadtblöcker.

Gehaufgebote:

8. Juni: Julius Cronmüller von Unterriedelbach, Gerber in Walden, mit Vertha Koch, Witwe von Braunburg, Heinrich Eubendick von Eicher, Maschinenarbeiter hier, mit Elisabetha Schmidt von Baden, Josef Jäger von hier, Rechnungsführer hier, mit Anna Vogel von Ertlingen, Adolf Schland von Berg, Rechnungsführer hier, mit Marie Vogel von Ertlingen, Johann Schindler von Pieseldrom, Hausdiener hier, mit Rosine Schmidgoll von Baranbrunn, Adolf Hüls von Wehrburg, Geometer hier, mit Olga Ivanoff v. Hofstroma, Wilhelm Alfenz von Mainz, Schlosser hier, mit Anna Eger von hier, Wendt Jung von Oberweiler, Reiter, Heizer hier, mit Emma Dettling von Mühlbach.

Geschließungen:

8. Juni: Friedrich Leherle von hier, Tagelöhner hier, mit Marie Fischer von Hohl, Friedrich Juno von Altdorf, Metzger hier, mit Luise Kriehler von Neuhengstett, Heinrich Scholl von Graben, Maurer hier, mit Caroline Palmmer von hier, Ludwig Drag von Wollenberg, Bahnarbeiter hier, mit Rina Dollinger von Heltzstadt, Heinrich Forstl von Giesfeld, Schreiner hier, mit Katharina Gramann von Wehrburg, Georg Hill von Wöfingen, Schuhmacher hier, mit Anna Selz von Leuba.

Todesfälle:

5. Juni: Gottlieb Ott, Schreiner, ein Ehepaar, alt 45 Jahre. Heinrich Kall, Tagelöhner, ein Ehepaar, alt 59 Jahre. Rudolf Jäger, Schneider, ledig, alt 30 Jahre. 6. Elisabeth Schmitt, Dienstmädchen, ledig, alt 28 Jahre. Pauline Jahn, alt 44 Jahre. Witwe des Schuhmachers Karl Jahn, alt 7. Ida Weigel, alt 31 Jahre, Ehefrau des Fabrikarbeiters Gregor Weigel, Karst, alt 4 Jahre. S. Leopold Kemp, Maler. Michael Schwib, Stadtblöcker, ein Ehepaar, alt 80 Jahre. Emilie Densler, ohne Gewerbe, ledig, alt 44 Jahre. Bernhard, alt 1 Jahr 6 Monate 14 Tage. S. Moritz Karberg, ledig, alt 6 Monate 21 Tage. S. August Schulte, ledig, alt 6 Monate 14 Tage. S. Moritz Karberg, ledig, alt 6 Monate 14 Tage. S. Moritz Karberg, ledig, alt 6 Monate 14 Tage. S. Moritz Karberg, ledig, alt 6 Monate 14 Tage.

Gelernte

Anstreicher

finden dauernde Beschäftigung bei

Aug. Schuler,

Strassburg i. Els.

Rapelstr. 66, 4. St. r. ist ein möbliertes Zimmer mit Pension zu vermieten.

Vorbisstr. 50, 4. St., schön möbl. Zimmer zu verm. 2408

Frau, zuverlässig, reell, über ein Wochenbett gesucht. Su erste in der Exped. d. Blatt. 2420

Nr.

Die p

Wird zuge...

in hiesiger...

Wird zuge...